



SOLIDARITÄT UND FRIEDEN

Für eine Politik der Friedensfähigkeit – Wehrhafte
Demokratie und soziale Sicherheit stärken



Wir stehen für lebenswerte Kommunen, für eine starke Industrie mit sicheren Arbeitsplätzen.
Wir stehen für Demokratie und Zusammenhalt. Mit unserer ganzen Kraft stellen wir uns entschlossen gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Wir sind der DGB Baden-Württemberg.

Auf der 23. Ordentlichen Bezirkskonferenz im Januar 2026 haben wir gemeinsam die Weichen für ein gerechtes Baden-Württemberg gestellt. Die 100 Delegierten aus den 8 Gewerkschaften haben intensiv miteinander diskutiert und sich auf gemeinsame Positionen verständigt.

Dies zeigt: Gewerkschafterinnen und Gewerkschaften stehen zusammen.
Gerade in Zeiten wie diesen lassen wir uns nicht spalten.

Hier dokumentieren wir den von der DGB Konferenz beschlossenen Antrag:
Wehrhafte Demokratie und soziale Sicherheit stärken!

*Für ein gerechtes Baden-Württemberg.
Das ist unser gemeinsamer Auftrag.
Solidarität gibt uns Kraft.*

A handwritten signature in black ink, reading 'K. Burmeister'.

Kai Burmeister
Vorsitzender DGB Baden-Württemberg

A handwritten signature in black ink, reading 'Maren Diebel-Ebers'.

Maren Diebel-Ebers
Stellvertretende Vorsitzende DGB Baden-Württemberg

Angesichts einer nie dagewesenen Zahl bewaffneter Konflikte weltweit – von der Ukraine bis Gaza, vom Sudan bis Myanmar – und einer wachsenden Tendenz zu Nationalismus und gesellschaftlicher Spaltung betont der DGB Baden-Württemberg seine friedenspolitische Verantwortung.

I. Die Zäsur: Neue Realitäten und unsere Verantwortung

„Nie wieder Krieg“ – das war und bleibt das zentrale Versprechen der Gewerkschaftsbewegung nach 1945. Doch wir stehen heute vor einer dramatischen Veränderung der globalen Rahmenbedingungen: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die gewaltsame Verschiebung von Grenzen nach Europa zurückgebracht. Gleichzeitig erleben wir die Erosion langjähriger transatlantischer Gewissheiten – insbesondere mit Blick auf die künftige Verlässlichkeit der USA als Partner und Schutzmacht.

Diese Zäsur zwingt uns zu einer sicherheitspolitischen Neubewertung. In dieser Situation eint uns alle in den Mitgliedsgewerkschaften der unbedingte Wille, einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Krieg zu leisten. Dass die Suche nach den richtigen Wegen dorthin zu intensiven Debatten führt, ist Ausdruck einer lebendigen innergewerkschaftlichen Demokratie. Wir begreifen diesen solidarischen Dialog als Stärke, um angesichts einer komplexen Weltlage gemeinsam zu definieren, wie eine Politik der Friedensfähigkeit heute aussehen muss.

Freiheit, Demokratie und Sozialstaat müssen auch vor Bedrohungen von außen geschützt werden. Verteidigungsfähigkeit muss dabei im europäischen Verbund definiert werden. Notwendig ist auch der Ausbau wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Resilienz.

II. Europäische Souveränität und Völkerrecht

Wir erleben die Wiedergeburt einer verhängnisvollen Logik, die nicht mehr auf die Stärke des Völkerrechts, sondern auf das Recht des Stärkeren setzt und in der Großmächte offen Einflussphären für sich reklamieren. Wir bekräftigen daher die Rückbesinnung auf die Werte der Vereinten Nationen und die Prinzipien der nationalen Souveränität.

In diesem Zusammenhang setzen wir uns gegen eine Stationierung von neuen US-Mittelstrecken-Raketen in Deutschland ein. Dies ist auch Ausdruck einer notwendigen strategischen Neuausrichtung: Wir müssen anerkennen, dass das Fundament der transatlantischen Partnerschaft Risse bekommt. Es zeichnet sich ab, dass die USA ihre Prioritäten zunehmend verlagern und die Verlässlichkeit des Schutzbündnisses kein dauerhafter Automatismus mehr ist. Um nicht zum Spielball rivalisierender Großmachtinteressen zu werden, muss die Europäische Union zwingend ihre eigene strategische Souveränität stärken. Nur ein eigenständiges, unabhängiges und starkes Europa kann glaubwürdig und kraftvoll für eine regelbasierte Weltordnung eintreten.

III. Umfassende Resilienz: Öffentliche Dienste und Technologie

Verteidigungsfähigkeit erschöpft sich für uns nicht in militärischer Stärke. Eine wehrhafte Demokratie braucht gesellschaftliche Resilienz. Unser Gemeinwesen muss so krisenfest sein, dass es auch unter extremen Belastungen – seien es Cyberangriffe, Pandemien oder globale Krisen – handlungsfähig bleibt.

1. **Starke Daseinsvorsorge:** Das Rückgrat unserer Sicherheit sind funktionierende öffentliche Dienste. Investitionen in das Gesundheitswesen, die Energieversorgung und die Verwaltung sind direkte Investitionen in die Krisenfestigkeit unseres Landes. Wer den Staat kaputtspart, gefährdet die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaft.
2. **Technologische Unabhängigkeit:** Resilienz erfordert technologische Souveränität. Wir brauchen eine digitale Infrastruktur und Kompetenzen in industriellen Schlüsseltechnologien, die uns unabhängig von außereuropäischen Großkonzernen machen. Nur wenn wir die Kontrolle über unsere Daten und technologischen Schlüsselbereiche behalten, sichern wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates.
3. **Glaubhafte Verteidigungsfähigkeit:** Wir erkennen die Notwendigkeit an, die Bundeswehr materiell und personell so auszustatten, dass sie ihren Schutz- und Verteidigungsauftrag zusammen mit unseren Partnern erfüllen kann. Dies ist auch eine Frage der Fürsorgepflicht gegenüber den Menschen im Dienst.

Wir lehnen jedoch die Erhöhung der Rüstungsausgaben auf ein willkürliches Fünf-Prozent-Ziel des Bruttoinlandsproduktes entschieden ab. Friedensfähigkeit erfordert keine von außen aufoktroierte, den Bundeshaushalt sprengende Zielzahlen, sondern sorgfältig abgewogene und auf die Herausforderungen abgestimmte Investitionen in gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Befähigung der Bundeswehr. Die einseitige Schwerpunktsetzung auf militärische Antworten ist ein fataler Irrweg.

IV. Integrierte Sicherheit: Soziales und Wirtschaft verbinden

Zusätzliche Verteidigungsausgaben dürfen nicht zu Lasten des Sozialhaushalts oder der Bildung gehen. Wehrhaftigkeit nach außen und sozialer Frieden im Inneren sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir fordern eine Finanzierung der Mehrausgaben, die hohe Einkommen und Vermögen weitaus stärker in die Pflicht nimmt.

Gleichzeitig tragen wir Verantwortung für die Beschäftigten am Industriestandort Baden-Württemberg. Eine leistungsfähige, heimische Industriebasis ist Voraussetzung für Souveränität. Tarifverträge und Mitbestimmung müssen Garanten für gute Arbeit sein und Aufträge und Steuergelder dürfen ausschließlich an Unternehmen gehen, die sich den Grundsätzen gelebter Sozialpartnerschaft verpflichtet fühlen und dies tagtäglich unter Beweis stellen. Auch die Beschäftigten im Verteidigungssektor brauchen unsere volle gewerkschaftliche Unterstützung.

V. Diplomatie, zivile Krisenprävention und Solidarität

Wir lehnen die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ab und setzen auf Freiwilligkeit. Trotz der notwendigen Absicherung von militärischer Verteidigungsfähigkeit bleiben Diplomatie und zivile Konfliktlösung unser unverrückbarer Kompass. Geplante Haushaltskürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit müssen rückgängig gemacht werden, denn durch eine stabil finanzierte Entwicklungszusammenarbeit können echte Perspektiven für ein gutes Leben in Herkunftsländern aufgebaut und Fluchtursachen wirksam bekämpft werden.

Unsere Solidarität gilt den Opfern von Aggression weltweit. Wir verurteilen den russischen Angriffskrieg ebenso wie das Leid der Zivilbevölkerung im Nahen Osten. Wir stehen fest an der Seite unserer israelischen Kolleginnen der Histadrut im Kampf um Demokratie und verurteilen Antisemitismus auf das Schärfste. Ebenso erkennen wir das Recht der Palästinenserinnen auf ein selbst bestimmtes Leben in Frieden an und solidarisieren uns mit den demokratischen Kräften vor Ort.

VI. Betriebliche Solidarität als Fundament

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist unser Bereich des Wirkens insbesondere der Betrieb. Dieser Ort darf für uns keinen Platz für Ressentiments haben.

- Wir stärken die betriebliche Solidarität gegen Rassismus und Nationalismus.
- Wir setzen unsere friedenspolitische Dialogreihe fort, um unsere Positionen in einem dauerhaften Prozess gemeinsam weiterzuentwickeln.
- Wir koordinieren Kampagnen gegen Rechtsextremismus, damit globale Verunsicherung nicht zur Spaltung unserer Gesellschaft führt.
- Wir setzen uns im DGB mit seinen Mitgliedsgewerkschaften entschieden gegen den Abbau des Sozialstaates zur Wehr und tragen diesen Protest – wenn erforderlich – auch auf die Straße

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Baden-Württemberg

DGB



BWGERECHT